

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 18. November 2015

1079. Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen, Ermächtigung

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) wurde 1995 als beratendes Organ des Eidgenössischen Departements des Innern eingesetzt. Ende 2011 wurde sie neu als Kommission des Bundesrates eingesetzt. Als ausserparlamentarische Kommission hat sie folgendes Mandat:

- Information (Orientierung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der zuständigen Institutionen in Bezug auf die familialen Lebensbedingungen in der Schweiz).
- Koordination (Sie sorgt als Drehscheibe für fachlichen Austausch zwischen Verwaltung und privaten Organisationen sowie zwischen den verschiedenen familienpolitisch tätigen Institutionen).
- Forschung (Die EKFF zeigt Forschungslücken auf. Sie fördert, erfasst und evaluiert Forschungsarbeiten. Aus deren Ergebnissen entwickelt sie familienpolitische Perspektiven und regt die entsprechenden Umsetzungsmassnahmen an).
- Umsetzung (Die EKFF fördert innovative Ideen, empfiehlt familienpolitische Massnahmen und nimmt zu familienpolitischen Vorlagen Stellung).

Die Mitglieder der EKFF werden ad personam gewählt und nicht als Vertreterinnen oder Vertreter einer bestimmten Organisation oder Partei. Der Bundesrat hat Regierungsrätin Jacqueline Fehr um Mitwirkung in der Kommission ersucht und diese ist bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Eine Mitwirkung von Regierungsrätin Jacqueline Fehr im Vorstand der EKFF liegt insbesondere im Interesse auch des Kantons Zürich, weshalb sie zu ermächtigen ist, sich für die Mitwirkung in der EKFF zur Verfügung zu stellen.

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Regierungsrätin Jacqueline Fehr wird ermächtigt, sich als Mitglied der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) zur Verfügung zu stellen.

II. Dieser Beschluss ist bis zur Wahl durch den Bundesrat nicht öffentlich.

III. Mitteilung an Regierungsrätin Jacqueline Fehr und die Direktion der Justiz und des Innern.



Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:

Husi